

ECUADOR IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN UMWELTSCHUTZ UND ENTWICKLUNG

In einer Zeit, in der die Polkappen schmelzen, Wetterextreme häufiger werden und die Durchschnittstemperatur immer weiter steigt, ist das Phänomen „Klimawandel“ inzwischen weitestgehend anerkannt. Naturschutz und Umweltprogramme stehen hoch im Kurs. Eines der Länder dieser Welt proklamiert hierbei die Nase ganz weit vorn zu haben: Ecuador. Mit zukunftsweisenden Ideen will es in Rahmen einer Umweltrevolution einen Beitrag zum Erhalt der Erde leisten. Und in der Tat steht seit dem Machtantritt Rafael Correas im Jahr 2006 Umdenken ganz groß auf der Tagesordnung.

Als Grundlage der Umweltrevolution in Ecuador ist ganz klar das Aufgreifen eines indigenen Konzepts namens Buen Vivir – Gutes Leben – zu nennen. Dieses Konzept beeinflusst Ecuadors Verfassung, seine Umwelt- und Energiepolitik sowie sein Bewusstsein.

Ein gutes Leben zu führen ist ein Ziel, nachdem der Mensch seit Beginn der Menschheit strebt. Wie jedoch ein solches gutes Leben aussieht und wie es erreicht werden soll, unterscheidet sich je nach Weltanschauungen stark.

Im Versuch ein gutes Leben zu führen, strebt der Mensch in der westlichen Tradition danach, besser zu leben. Das individuelle Ziel, ein besseres Leben zu erreichen, bringt dem Großteil der Menschheit genau das Gegenteil. Denn damit ein Mensch besser leben kann, ist es notwendig andere, d. h. die Mehrheit der Menschen, auszunutzen und auszubeuten. Somit basiert das gute Leben der westlichen Tradition auf Egoismus, Desinteresse gegenüber den anderen Menschen und Streben nach Gewinn.

In der Vorstellung eines guten Lebens in der westlichen Tradition steht nicht die Natur, sondern der Mensch im Zentrum. Die Natur ist das Objekt des Subjekts „Mensch“, ist somit minderwertiger und untersteht dem Menschen. Dieser Desnaturalisierungsprozess erlaubt es dem Menschen, sich über alle anderen Existenzformen zu stellen und seine Umgebung zu nutzen und auszubeuten.

Um ein gutes Leben nach westlicher Tradition zu führen, ist es zudem notwendig, Kapital anzuhäufen. Die westliche Denkweise produziert somit den Weltmarkt, das Wirtschaftswachstum, den Kapitalismus und den Konsum. Hinzukommt, dass die Lebensweise der Industrienationen die ökologischen Kapazitäten der Natur übersteigt. So beuten Industrienationen jährlich 30% mehr aus, als die Erde regenerieren kann.

Auf Ecuadors Suche nach einem Ausweg aus dem Wachstumszwang und Alternativen zum derzeitigen Produktions- und Konsummodell rückte das indigene Lebenskonzept Buen Vivir aus dem Andenraum ins Licht. Dies ist ein komplexes Konzept, bei dem die westliche Weltanschauung sowie traditionelle Entwicklungskonzepte im Fokus der Kritik stehen. Es geht nicht darum, besser zu leben. Diese Zielsetzung ist nicht mit dem Konzept vereinbar. Auf Kosten anderer Menschen ein besseres Leben zu führen, ist nicht Buen Vivir.

Die Indigenen der Andenregion gehen davon aus, dass alles auf der Welt miteinander in Verbindung steht und sich beeinflusst. Daher versuchen Indigene mit ihrer Umwelt und untereinander in einer Beziehung des gegenseitigen Respekts zu leben. Da alles miteinander in Verbindung steht, kann alles sich gegenseitig beeinflussen. Buen Vivir ist somit ein holistisches Konzept, welches darauf abzielt, ein Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur herzustellen. Ein Leben in Harmonie und Einklang mit der Natur widerspricht allerdings der momentanen Realität der Umweltzerstörung und übermäßigen Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Buen Vivir ist nicht damit vereinbar, dass die Natur in Mitleidenschaft gezogen wird. Daher ist es notwendig, die anthropologisierte Sichtweise aufzugeben und wieder eine Beziehung zur Natur anzunehmen, die durch Gleichgewicht und Harmonie gekennzeichnet ist, d. h. dass der Mensch in Verbundenheit mit der Natur lebt, sie bewohnt, aber nicht dominiert. Das vorherrschende Naturverständnis muss reinterpretiert werden, sodass die Menschheit nicht außerhalb der Natur steht, sondern sich als Teil derselben wahrnimmt.

Das Konzept des Buen Vivir hebt sich entscheidend von der westlichen Wohlstands-idee ab. Es geht in diesem Konzept nicht um Akkumulation und Wachstum, d. h. darum, mehr zu haben, sondern darum einen Gleichgewichtszustand herzustellen. Dabei sind nicht Fortschritt oder Wachstum als lineares Denkmodell der Ausgangspunkt, sondern die Produktion und Reproduktion eines Gleichgewichtszustands. Innerhalb indigener Gemeinschaften gibt es kein lineares Entwicklungskonzept. Es wird kein Vor- oder Nach-Zustand wahrgenommen. Auch existiert die traditionelle Auffassung von Armut nicht, die daran gemessen wird, wie viele Güter jemand besitzt. Da Buen Vivir eine holistische Vorstellung ist, gibt es neben dem Materiellen noch andere Werte von Bedeutung, so z. B. Wissen, soziale und kulturelle Anerkennung sowie eine ethische und spirituelle Herangehensweise bezogen auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur. Daher ist es notwendig, den Konsum einzuschränken, um zu einem Status der ausgeglichenen Produktion zu gelangen, ohne dabei die Umwelt zu zerstören.

Das Buen Vivir stellt eine konzeptionelle Innovation dar. Es bricht in mehrfacher Hinsicht mit herkömmlichen Konzepten: Berufen auf indigene Kosm visionen und Traditionen, Brechen mit traditionellen Entwicklungskonzepten sowie in den Mittelpunkt stellen der Beziehung zur Natur. Buen Vivir ist jedoch nicht nur eine Rückwendung zu indigenen Traditionen, sondern eine zukunftsweisende Alternative, denn es steht nicht im Widerspruch zu einer sich modernisierenden Gesellschaft. Technische Fortschritte können für eine wegweisende und ausgeglichene Lebensweise eingesetzt werden. Ebenso wenig verhindern die indigenen Grundlagen, dass das Konzept durch Elemente aus anderen Kulturen erweitert wird, um sich dadurch aktuellen Entwicklungen anzupassen. Somit bietet das Konzept einen Ausgangspunkt, von dem aus sich eine gesellschaftliche Debatte entwickeln kann.

Am 15. April 2007 stimmten mehr als 80 % der ecuadorianischen Bevölkerung dafür, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, in der mit 444 Artikeln eine der umfangreichsten Verfassungen Lateinamerikas erarbeitet wurde. Das Resultat der verfassungsgebenden Prozesse war die neue Verfassung von 2008 – eine Art „road map“ gesellschaftlicher Umgestaltung.

Die neue Verfassung Ecuadors erklärt das Buen Vivir zum Verfassungsziel. Zum Recht auf ein gutes Leben gehören Wasser und Ernährung, gesunde Umgebung, Kommunikation und Information, Kultur und Wissenschaft, Bildung, Wohnraum, Gesundheit und Arbeit und soziale Absicherung. Diese Formulierungen weisen eine starke Ähnlichkeit mit den Menschenrechten der dritten Generation auf – den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten.

Im Kontext des Buen Vivir erklärt der Staat Ecuador Umweltschutz zum öffentlichen Interesse. Zudem erkennt der Staat in den Art. 71–74 erstmalig die Rechte der Natur an. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Natur nun als unberührbar deklariert worden ist. Es ist weiterhin möglich, natürliche Ressourcen zu nutzen, um menschliche Lebensbedürfnisse zu befriedigen, solange dabei das Gleichgewicht und die Biodiversität erhalten bleiben. Indem der Natur eigene Rechte zugestanden werden, kommt es zu einem anthropozentrischen Paradox. Da die Natur nicht selbst dazu in der Lage ist, müssen Menschen die Rechte der Natur einfordern und vertreten. Eine Idee, dies umzusetzen, wäre die Berufung eines Ombudsmannes für die Natur.

Allerdings garantiert der Verfassungsrang des Buen Vivir noch keine Umsetzung in der Realität Ecuadors. Obwohl viele Artikel das Konzept des Buen Vivir spezifizieren, bleibt die Frage, wie diese Umsetzung konkret erfolgen soll, offen.

Unter der Regierung Rafael Correas erfolgten einige wichtige positive Veränderungen. So folgt die Regierung nicht mehr den Anweisungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, beendete die Militärpräsenz nordamerikanischer Truppen in Ecuador, steigerte die Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Erziehung und Wohnungen und tätigte große Investitionen im Bereich der Infrastruktur. Auf wirtschaftlicher Ebene hält Ecuador jedoch weiterhin an Exportorientierung und Extraktivismus fest. Auch eine Umverteilung des Reichtums, um die Armut im Land zu verringern, hat bisher nicht stattgefunden.

Eines der wichtigsten und wohl auch bekanntesten Projekte, die in Verbindung mit dem Konzept Buen Vivir entstanden, ist die Initiative Yasuni-ITT. Ausgehend von einem neuen Entwicklungskonzept ist es eine der innovativsten Umweltinitiativen der Welt. Der Nationalpark Yasuni in Ecuador gehört zu den sogenannten Biodiversitäts-Hotspots – artenreiche Regionen, die eine besonders hohe Anzahl an endemischen Pflanzen- und Tierarten aufweisen. 1989 wurde das Naturreservat von der UNESCO zum Welterbe der Biodiversität erklärt. Zudem leben in diesem Park zwei indigene Volksgruppen, namentlich die Tagaeiri und Taromenani, in freiwilliger Isolation. Hier liegen aber auch die Erdölfelder ITT (Ishpingo-Tambococha-Tiputini) mit schätzungsweise 846 Millionen Barrel Öl, was 21 % der gesamten Erdölvorräte Ecuadors ausmacht. Das Land kann es sich nicht leisten, Naturschutz über seine wirtschaftliche Entwicklung zu stellen. Probleme sind also vorprogrammiert. Correa machte jedoch auf der UN-Vollversammlung im Jahr 2007 einen interessanten Vorschlag: Das unter den ITT-Feldern lagernde Erdöl soll dauerhaft nicht gefördert werden, damit der artenreiche Regenwald und die in ihm lebenden indigenen Völker geschützt werden und gleichzeitig der Klimawandel gebremst wird. Im Gegenzug soll eine nötige Kompensation durch die internationale Gemeinschaft erfolgen – vor allem durch die Industrieländer, die den größten Teil der Verantwortung für die Erderwärmung tragen. Diese Kompensation würde sich auf die Hälfte des erwarteten Erlöses von 7 Milliarden US-Dollar belaufen, d. h. Ecuador würde für 3,5 Milliarden US-Dollar selbst aufkommen, während die internationale Gemeinschaft die restlichen 3,5 Milliarden US-Dollar beisteuern soll. Die Gelder sollen in einen UN-Treuhandfonds eingezahlt, von einem aus der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen bestehendem Komitee verwaltet und für Projekte, die die nachhaltige Entwicklung Ecuadors fördern, verwendet werden. Klingt zunächst nach einer guten Idee. Allerdings lief das Projekt nur zögerlich an und wurde im August dieses Jahres endgültig für gescheitert erklärt. Am 15. August 2013 gab Correa bekannt, ein Dekret unterzeichnet zu haben, welches die Initiative beenden und den UN-Treuhandfonds auflösen soll. Die Entscheidung lag daraufhin beim Kongress. Dieser erklärte am 3. Oktober 2013 die Erdölförderung in einem Teil des Yasuni zum nationalen Interesse. Dabei soll die Unverletzlichkeit der Gebiete der Tagaeiri und Taromenani garantiert werden.

Die Yasuní-ITT-Initiative ist zweifelsfrei ein neuer Ansatz, um Naturschutz zu betreiben. Bisherige Mechanismen haben wenig Wirkung gezeigt (z. B. die geplante Emissionsreduzierung von CO₂ nach dem Kyoto-Protokoll). Auch die letzten Klimakonferenzen waren alles andere als zukunftsweisend. Viele Staaten sehen Umweltschutz als ein Hemmnis für ihre Wirtschaften. Insofern scheint die Verbindung von Naturschutz mit Wirtschaft eine realistischere Alternative zu sein – vor allem für sogenannte Entwicklungsländer.

Mit der Yasuní-ITT-Initiative würde nicht nur die biologische Vielfalt und die Lebensweise indigener Völker geschützt werden, es würde auch weniger Kohlenstoffdioxid in die Atmosphäre gelangen: kein CO₂ aus der Verbrennung von Erdöl, kein CO₂ aus der Waldzerstörung. Das entspräche Emissionen von 407 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid. Auch die CO₂-absorbierende Wirkung des Regenwaldes bliebe erhalten. Die Hochrechnung beläuft sich auf eine wirtschaftliche Einsparung von 8 Milliarden US-Dollar für einen Einsatz von 3,5 Milliarden US-Dollar.

Die Initiative stützt sich auf das Prinzip der Mitverantwortung der verschiedenen hochentwickelten Staaten. Diese Verantwortung der Industrienationen setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Zum einen daraus, dass die Industriestaaten durch umweltfeindliches Wirtschaften einen erhöhten Beitrag zur Erderwärmung geleistet haben. Zum anderen, dass sie durch Kolonisation, Wirtschaftsimperialisierung und Ressourcenausbeutung über Jahrhunderte eine historische Schuld für die Unterentwicklung der Länder des Südens angehäuft haben. Somit scheint es eine durchaus legitime Forderung zu sein, durch Kompensationen ein Land wie Ecuador zu unterstützen, wenn es aufgrund der historischen Entwicklung den geplanten Umweltschutz nicht alleine finanzieren kann.

Die Forderung von 3,5 Milliarden US-Dollar erscheint zunächst viel zu sein, doch soll die Kompensation über einen Zeitraum von 13 Jahren geleistet werden. Das würde einem jährlichen Beitrag von ca. 270 Millionen US-Dollar entsprechen. Wenn man bedenkt, dass die gesamte Weltgemeinschaft an der Kompensation beteiligt ist, ist hier nicht von irrsinnigen Summen die Rede. Allein die Bundesrepublik Deutschland gibt 2013 beispielsweise für die Beschaffung von Munition mehr aus – nämlich umgerechnet ca. 487 Millionen US-Dollar.

Inzwischen haben sich mehrere Länder an der Initiative beteiligt, so z. B. Spanien, Australien, Belgien, Peru, Kolumbien, Chile, Italien und die Türkei. Die Beträge hielten sich jedoch bisher in Grenzen. Nach 6 Jahren hätte Ecuador Kompensationszahlungen in Höhe von ungefähr 1,62 Milliarden US-Dollar von der Weltgemeinschaft erhalten sollen. Eingezahlt in den Treuhandfonds wurden allerdings bisher lediglich 13,3 Millionen US-Dollar. Weitere Kompensationszahlungen in Form von Kompromissen wurden im Wert von 350 Millionen US-Dollar getätigt. Das entspricht zusammen ca. 10 % der gesamten Kompensation. Viel zu wenig.

Doch warum hat die internationale Gemeinschaft auf diese innovative Idee des Umweltschutzes gekoppelt mit nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung so zögerlich reagiert? Die Regierung in Ecuador vermutet, dass die Initiative weiter war, als die Weltgemeinschaft bereit gewesen ist, sich zu bewegen. Hinzukamen zahlreiche Ängste und Vorbehalte.

Eine oft formulierte Angst ist, dass zukünftige, ecuadorianische Regierungen sich nicht an die Versprechungen aus der Initiative halten und beschließen, dass Erdöl aus den ITT-Feldern doch zu fördern. Für diesen Fall hat Ecuador jedoch Vorkehrungen getroffen. Neben der Schaffung des UN-Treuhandfonds gab der Staat Yasuní-Zertifikate für jeweils 50.000 US-Dollar heraus. Sollte sich in Zukunft an der Initiative etwas ändern oder das Öl gefördert werden, ist garantiert, dass die Ecuadorianischen Nationalbank dafür haftet und Unterstützer ihr Geld verzinst zurückerhalten.

Die Möglichkeit, dass andere Länder ähnliche Initiativen starten könnten, ist ein weiterer Grund zur Sorge. Diese Bedenken sind nur bedingt zu akzeptieren. Es sollte nicht vergessen werden, dass nicht jedes Land die gleichen Umstände aufweist. Ein Land wie beispielsweise Saudi Arabien verfügt über riesige Erdölreserven, kann jedoch nicht solch hohe Biodiversität wie Ecuador vorweisen. Ebenso wenig ist bei einer Erdölförderung in Saudi Arabien eine so wichtige Klimasenke wie ein Regenwald in Gefahr.

Als weiter Faktor für eine Ablehnung der Initiative sind die Weltwirtschaftskrise von 2008/09 und eine damit einhergehende größere Unsicherheit und geringere Zahlungsbereitschaft nicht zu vernachlässigen.

Die ecuadorianische Regierung sieht auch eine Teilschuld am Scheitern der Initiative bei der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundestag hatte im Jahr 2008 einvernehmlich beschlossen, dass die Bundesregierung eine tatkräftige Finanzierung der Initiative leisten soll. Konkretisiert wurde dies daraufhin mit einer Zahlung von 40 Millionen Euro jährlich. 2009 erfolgte dann der Koalitionswechsel und mit ihm eine Änderung der Politik im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Der neue Entwicklungsminister Dirk Niebel vertritt eine starke Kontraposition in Bezug auf die Yasuní-ITT-Initiative. Es solle nicht für Nichtstun gezahlt werden. Mit seiner Position stellte sich Niebel gegen den Beschluss der Vorgängerregierung sowie gegen alle anderen Bundestagsfraktionen. Vielversprechender halte Niebel Umweltkonzepte, die Anreize für den Erhalt und die Aufforstung von Wäldern als Kohlenstoffspeicher schaffen wie z. B. das vom BMZ unterstützte Programm REDD+. REDD+ steht für Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation, im Klartext: Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung sollen verringert werden. Im Rahmen dieses Programmes erhalten walddreiche Entwicklungsländer Kompensationszahlungen, wenn sie aktiv an ihrem Waldschutz und der Aufforstung arbeiten, um Emissionen einzusparen. Wenn die Entwaldungsrate zurückgeht, erhalten die Länder Geld. Dabei wird das aktive Handeln belohnt und konkrete Wirkungen sind nachprüfbar. Bei der Yasuní-ITT-Initiative hingegen werde das Unterlassen der Erdölförderung belohnt und nicht aktiver Waldschutz. Aktiv den Waldschutz zu fördern ist selbstverständlich eine gute Maßnahme. Jedoch verkennt Niebel die ecuadorianische Realität. Umweltschutz ist ein Privileg der reichen Nationen – vor allem, wenn es sich um solch hohe Summen wie 7 Milliarden US-Dollar handelt. Ecuadors Entwicklung ist allerdings auf die Erlöse aus der Erdölförderung angewiesen. Zudem ist Niebels Argumentation von Kurzsichtigkeit geprägt. Sollte Ecuador Aufforstungsmaßnahmen betreiben, können diese an jedem Ort im Land erfolgen. Ein Regenwald speichert im Vergleich zu anderen Waldarten aber mehr CO₂. Durch eine Erdölförderung im ITT-Feld würde unweigerlich Regenwald zerstört werden, dessen Aufforstung sich wesentlich schwieriger gestalten würde als bei anderen Waldarten. Außerdem steht bei REDD+ weder der Erhalt der Biodiversität noch der Schutz der indigenen Völker an erster Stelle. Statt sich auf eine Methode des Umweltschutzes zu konzentrieren, sollte vielmehr eine sinnvolle Kombination der beiden Ansätze erfolgen.

Viele Länder orientierten sich in dieser Angelegenheit an Deutschland, was zur Folge hatte, dass die Unterstützung in anderen Ländern ebenfalls stagnierte. Deutschland hat signalisiert, nach wie vor an einer Kooperation interessiert zu sein. Allerdings nicht in Rahmen der Yasuní-ITT-Initiative, sondern in einem separaten Programm. So wurden für eine technische Zusammenarbeit im Nationalpark Yasuní für drei Jahre 34,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Nachdem jedoch der Sprecher des BMZ, Sebastian Lesch, Präsident Correa für den finanziellen Misserfolg der Yasuní-ITT-Initiative verantwortlich gemacht hatte, lehnte dieser das Geld im Nachhinein ab und veranlasste dessen Rückzahlung.

Doch mit der Entscheidung, die Ölförderung im Nationalpark Yasuní zu erlauben, erzeugt die ecuadorianische Regierung viel Unmut. Vor allem die indigenen Völker Ecuadors protestieren dagegen. Zu Recht. Im Jahr 1998 ratifizierte Ecuador die sogenannte ILO 169 (Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern) und stimmte 2007 für die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker. Auch in der neuen Verfassung von 2008 sind spezielle Rechte für indigene Völker verankert. Diese Dokumente beinhalten u.a. den Schutz der Umwelt in indigenen Territorien sowie das Recht indigener Völker auf vorherige, freie und informierte Konsultation in den ihnen betreffenden Angelegenheiten. Eine mögliche Ölförderung innerhalb des Nationalparks birgt die Gefahr, das Leben unkontakter Völker erheblich zu beeinträchtigen. Aber nicht nur die Indigenen sprechen sich gegen die Entscheidung aus. Ein Großteil der Bevölkerung (je nach Umfrage 80–90 %) ist gegen eine Erdölförderung im Nationalpark. Momentan sammeln indigene Organisationen die notwendigen 583.000 Unterschriften, um eine Volksbefragung über die Zukunft von Yasuní zu ermöglichen.

Die Yasuní-ITT-Initiative war gut durchdachte Innovation, die ein wegweisendes Beispiel für nachhaltigen Umweltschutz hätte werden können. Gescheitert ist sie am Unwillen der Industrienationen, für Ihre Mitverantwortung am Klimawandel aufzukommen. Auch wenn oft mit großen Worten Umweltschutz proklamiert wird, so sind es doch letztendlich Handlungen, die über den weiteren Verlauf des Klimawandels entscheiden können. Und vor wirklichen Taten schreckt die Weltgemeinschaft zum jetzigen Zeitpunkt noch zurück.

Der Weg der Umweltrevolution ist lang und steinig. Aber Ecuador zeigt durch sein Engagement, dass es ihm durchaus ernsthaft etwas an der Verwirklichung des Buen Vivir liegt. Jedoch darf der Schutz der Natur nicht auf Kosten der eigenen Bevölkerung gehen. Daher ist eine vollständige Umsetzung des Buen Vivir in Ecuador noch Zukunftsmusik.

Stephanie Brause, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker